



Update aus Berlin

Mai '23 (I)

VERANSTALTUNGSTIPP:

Afghanistan und die deutsche Außenpolitik

LEHREN AUS DER VERGANGENHEIT - WEGWEISER FÜR DIE ZUKUNFT

**DIENSTAG,
30. MAI '23, 18:00
"ANDRE'S AUSZEIT"
DRENSTEINFURT**

MIT RALF STEGNER,
VORSITZENDER DER UNTERSUCHUNGS-
AUSSCHUSSES AFGHANISTAN
IM BUNDESTAG

DRENSTEINFURT
BINKERSOOL
WALTEDDE
SPD



WICHTIGES
aus dem Bundestag

NEUES
aus dem Wahlkreis



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

letzte Woche wurde ein Brandanschlag auf das Wahlkreisbüro von Karamba Diaby in Halle verübt. Der Vorfall hat uns alle sehr erschüttert. Wir lassen uns nicht einschüchtern und zeigen gemeinsam klare Kante gegen Rassismus.

Im Bundestag blicken wir in dieser Woche auf die Anfänge unserer Demokratie zurück. Vor 175 Jahren – am 31. März 1848 – kam in der Frankfurter Paulskirche das sogenannte Vorparlament zusammen, um Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung vorzubereiten. Ein knappes Jahr später verabschiedet diese dann die **Paulskirchenverfassung**, die zum Vorbild aller späteren demokratischen deutschen Verfassungen wurde. Ein weiteres Ereignis jährt sich ebenfalls in dieser Woche: die **Gründung des Staates Israel vor 75 Jahren**. Deutschland kommt dabei eine historische Verantwortung zu. Israels Sicherheit und Existenzrecht sind Teil unserer Staatsräson. Im Plenum des Bundestages fand dazu in dieser Woche eine Vereinbarte Debatte statt. Es ist gut und wichtig, dass Bundeskanzler Olaf Scholz am Mittwoch mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zum sogenannten „**Flüchtlingsgipfel**“ zusammengekommen ist. Wir wissen, dass die Kommunen die Hauptlast bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten tragen. Deshalb werden wir sie nicht allein lassen. Der Bund leistet bereits weitreichende finanzielle Unterstützung. Wir müssen aber vor allem noch die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen vereinfachen, denn nicht alles ist mit mehr Geld zu lösen. Und das schaffen wir nur gemeinsam.

Am kommenden Sonntag wird die **Bremische Bürgerschaft** neu gewählt. Die Menschen in Bremen und Bremerhaven haben laut Umfragen eine klare Präferenz: Sie wollen weiterhin einen sozialdemokratisch angeführten Senat mit **Andreas Bovenschulte** an der Spitze. Das liegt auch an der guten wirtschaftlichen Entwicklung nach der Corona-Pandemie. Das kleinste Bundesland Deutschlands hatte 2022 das höchste Wirtschaftswachstum bundesweit. Es überrascht deshalb nicht, dass der SPD von den Bürgerinnen und Bürgern die höchste Wirtschaftskompetenz zugesprochen wird. Sozialdemokratische Politik basiert auf einer starken und innovativen Wirtschaft und guter Arbeit. Andreas Bovenschulte setzt dieses Rezept in Bremen erfolgreich um. Wir drücken ihm die Daumen, dass er dies auch in Zukunft tun kann!

Euer



Inhalt

Meine Rede zur Städtebauförderung. >>> Meine Rede zum Antrag der Linken "Recht auf Wohnungstausch einführen". >>> Wir stehen fest an der Seite Israels. >>> Europatag am 9. Mai. >>> Vereinbarungen zur Flüchtlingspolitik. >>> 75 Jahre Weltgesundheitsorganisation. >>> Einsetzung eines Bürgerrates zu Ernährung im Wandel. >>> VEKA mittags live. >>> Besuch von Michael Müller im Wahlkreis.

Meine Rede zur Städtebauförderung.

Seit über 50 Jahren unterstützen Bund und Länder die Kommunen erfolgreich bei der Gestaltung attraktiver und nachhaltiger Wohn- und Lebensräume. Willy Brandt hatte nicht nur eine gute Idee, sondern sie überdauert nun mittlerweile mehr als ein halbes Jahrhundert. Ich kann also heute ganz selbstbewusst sagen, dass das eine geniale Idee von Willy war! Nicht erst seit der Pandemie und den Folgen für unsere Zentren stehen unsere Kommunen vor zahlreichen, teils hoch komplexen Herausforderungen.



Der Klimawandel und die notwendige Klimaanpassung, Digitalisierung, Mobilitätswende sowie der Strukturwandel in den Innenstädten und der Arbeitswelt stellen hohe Anforderungen an die Transformation der Städte und Gemeinden dar. Ohne eine starke Städtebauförderung, deren Mittel wir noch lange sichern und nach Möglichkeit sogar ausbauen, wird es unseren Kommunen deutlich schwerer fallen, sich den Herausforderungen zu stellen.

Unser Anspruch ist es die Lebensqualität im Land gleichermaßen zu verbessern.

Wie wichtig starke Kommunen für unser Land und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt sind, zeigt die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Ohne unsere 11.000 Kommunen, hätten wir keine Chance diese Mammutaufgabe zu bewältigen. Danke!

Wir brauchen pragmatische Lösungen, um die Kommunen darin zu unterstützen, für geflüchtete Menschen angemessenen Wohnraum zu schaffen und diese bestmöglich in die Stadtgesellschaft einzubinden. Auch hier knüpft das Erfolgsmodell Städtebauförderung an: Die Kommunen können in einem bestimmten Rahmen leerstehende Wohnungen für die Unterbringung von geflüchteten Menschen herrichten.

Auch wenn die Putin-Freunde von der AfD es nicht gerne hören: Menschen, die aus dem Kriegsgebiet der Ukraine kommen, brauchen nicht nur eine erste Zuflucht, sondern auch Wohnraum. An dieser Stelle beweist die Städtebauförderung zum wiederholten Male, wie anpassungsfähig und damit auch zukunftsweisend dieses Programm ist.

Daher verwundert es mich, dass in meinem Heimatbundesland NRW der CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst einerseits lautstark mehr vom Bund erwartet, aber auf der anderen Seite Mittel des Bundes nicht vollständig an die Kommunen weitergibt. Darüber hinaus feiert sich die Landesregierung selbst für einen Haushaltsüberschuss von 1,9 Milliarden Euro, während die Kommunen aufgrund der prekären Lage kaum noch Land sehen und deren Kassen leer sind.

Wenn man Mittel des Bundes dazu verwendet den eigenen Haushalt aufzuhübschen, sieht es schwer nach einem Faulspiel der Union aus. Unter diesen Hütchenspielertrick leiden nicht nur die Kommunen, sondern die Menschen in den Kommunen und die Flüchtlinge, die dringend Hilfe zur Integration benötigen.

[Hier könnt Ihr Euch die Rede noch einmal anhören und ansehen.](#)

Meine Rede zum Antrag der Linken: "Recht auf Wohnungstausch einführen"



Heute habe ich eine Rede zum Antrag der Linken **"Recht auf Wohnungstausch einführen"** geredet. Es ist zwar richtig, dass ältere Menschen nicht selten in Wohnungen wohnen, die objektiv zu groß und oftmals auch nicht altersgerecht sind. Das tun sie jedoch nicht aus Rücksichtslosigkeit, sondern meist aus Mangel an leistbaren Alternativen. Vor freiwilligen Programmen verschließen wir uns nicht, nur dürfen sie nicht den Menschen anders als von den Linken auferzungen werden.

Wir stellen fest, dass in der Theorie die Wohnungstauschbörse sicher ein gutes Instrument ist, aber bei einer derart geringen Fluktuation und einem so geringen Leerstand, den wir im Bestand haben, ist schlicht und ergreifend das Matching von Angebot und Nachfrage an der Stelle schwierig. Für uns als SPD ist glasklar: Am Bauen bezahlbaren Wohnraums führt einfach kein Weg vorbei. Hier legen wir unseren Schwerpunkt und investieren in den nächsten Jahren viele Milliarden in die soziale Wohnraumförderung. Meine gesamte Rede findet Ihr hier.

Wir stehen fest an der Seite Israels.

Wir gratulieren Israel zum 75. Jahrestag seiner Staatsgründung am 14. Mai 1948. Nach den Grauen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde Israel für viele Menschen zur Hoffnung, zum Zufluchtsort und schließlich zur Heimat. Die Staatsgründung war die Antwort auf eine jahrhundertelange Geschichte des Antisemitismus, die ihren grauenvollen Höhepunkt im Holocaust fand.

Umso kostbarer sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Die Versöhnung zwischen unseren Ländern erfüllt uns mit Demut und Dankbarkeit. Die Freundschaft, die in den vergangenen Jahrzehnten zwischen Deutschland und Israel gewachsen ist, erscheint uns wie ein Wunder, das wir niemals als selbstverständlich empfinden werden. Diese Freundschaft gilt nicht nur im Verhältnis der Regierungen zueinander, sondern gründet sich auch auf intensive und vielfältige gesellschaftliche Kontakte und zwischenmenschliche Begegnungen sowie dem Jugendaustausch. Wir werden uns der historischen Verantwortung Deutschlands immer bewusst bleiben. Das Existenzrecht Israels werden wir immer ohne Einschränkung verteidigen. Antisemitische Hetze, egal in welcher Form, werden wir niemals dulden. Wir stehen fest an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland und weltweit. Verantwortung kennt keinen Schlusstrich.

Europatag am 9. Mai

Was am 9. Mai 1950 als Idee des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman zur Gründung einer „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ begann, ist nun eine Europäische Union mit 27 Mitgliedsstaaten und fast 450 Millionen Menschen geworden. Die Europäische Union ist weit mehr als ein Binnenmarkt ohne Grenzen. Sie steht für Freiheit, Frieden, gemeinsame Werte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz von Menschenrechten. Europa muss mit einer Stimme sprechen, damit wir die Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit – von Klimaschutz über Migration bis zu Fragen der Außen- und Energiepolitik – finden.



Dies gilt erst recht angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Wir sind überzeugte Europäerinnen und Europäer. Als größter Mitgliedsstaat der EU wissen wir: Wir brauchen Europa und Europa braucht uns, nicht nur am Europatag, sondern jeden Tag. Bundeskanzler Olaf Scholz hat deshalb am 9. Mai eine Rede im Europäischen Parlament gehalten:

"(...) Wir brauchen eine geopolitische Europäische Union, eine erweiterte und reformierte Europäische Union und nicht zuletzt eine zukunfts offene Europäische Union. Bei all dem sehe ich im Europäischen Parlament eine treibende Kraft und einen Verbündeten. Nehmen wir die Schaffung eines geopolitischen Europas. Hier, vor dem Europäischen Parlament, hat Willy Brandt bereits vor 50 Jahren dessen existenzielle Notwendigkeit bezeugt. „Die Vereinigung Europas“ - so schrieb er uns damals ins Stammbuch - „ist nicht nur eine Frage der Qualität unserer Existenz. Sie ist eine Frage des Überlebens zwischen den Giganten und in der zerklüfteten Welt der jungen und der alten Nationalismen.“

Die ganze Rede findet Ihr auf der [Homepage der Bundesregierung](#).

Vereinbarungen zur Flüchtlingspolitik.

Wir unterstützen die Städte, Kreise und Gemeinden bei der Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen stehen wir zu unserer humanitären Verantwortung. Die Kommunen leisten derzeit Herausragendes, um Geflüchtete zu versorgen. Sie verdienen dafür höchste Anerkennung. Um sie zu entlasten, stocken wir die Bundesmittel in diesem Jahr um eine Milliarde Euro auf mehr als 16 Milliarden Euro auf.

Geld ist aber nicht alles. Wir greifen den Kommunen deshalb auch mit konkreten Maßnahmen unter die Arme. So stellen wir etwa Gebäude des Bundes mietfrei zur Verfügung. Ausländerbehörden sollen digitalisiert und Asylverfahren beschleunigt

werden. Die Möglichkeiten zur freiwilligen Rückkehr und zur Rückführung von ausreisepflichtigen Personen sollen verbessert werden.

Wir wollen irreguläre Migration eindämmen und mehr reguläre Migrationswege schaffen. Wir stehen für ein humanitäres Asylrecht, das Menschen hilft, die Hilfe brauchen. Und wir arbeiten an einem modernen Einwanderungsrecht, um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen, auf die wir in Deutschland dringend angewiesen sind.

Bei der Flüchtlingsfinanzierung will der Bund, dass die Länder darlegen, wie viel Bundesgeld sie an die Kommunen weitergeleitet haben. Vermutlich bleibt die Tabelle leer, weil deutlich würde, dass z.B. in NRW diese Weiterleitung eben nicht vollständig erfolgt.

Bund und Länder akzeptieren die Aufnahme und Integration Geflüchteter als Daueraufgabe, der hoffentlich ebenso die Finanzierung der Kommunen folgt. Zu schnelleren Verfahren und Digitalisierung kommt erneut 1 Mrd. vom Bund. Fehlt die Zusage der Länder, das Geld 1:1 den Kommunen zu geben.

Bei allen Debatten zum Flüchtlingsgipfel darf eine Zahl nicht fehlen: 121. So viele Anschläge gab es auf Flüchtlingsunterkünfte 2022 (plus von 73% > 2021). Daher gilt bei allen Geld-Fragen: sensible Sprache ist wichtig und klare Kante gegen Rassismus noch viel mehr!

GEMEINSAME FLÜCHTLINGSPOLITIK VON BUND UND LÄNDERN

Das haben Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerpräsident:innen gemeinsam beschlossen:

- Wir sichern ein humanes Asylsystem für alle, die unsere Hilfe brauchen.
- Wir unterstützen die Kommunen finanziell.
- Wir helfen bei der Unterbringung von Geflüchteten.
- Wir beschleunigen die Asylverfahren.
- Wir steuern Migration.

SPD Fraktion im
Bundestag

75 Jahre Weltgesundheitsorganisation.

Am 7. April 1948 wurde die **Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation, WHO)** der Vereinten Nationen gegründet und besteht in diesem Jahr somit seit 75 Jahren. Laut eigener Verfassung von 1948 ist die WHO die „leitende und koordinierende Institution des internationalen Gesundheitswesens“. In dieser Funktion übernimmt sie die Bewältigung globaler Gesundheits Herausforderungen und hat die Aufgabe, Leitlinien, Standards und Methoden zu entwickeln, zu vereinheitlichen und weltweit durchzusetzen. Um diesen hohen Erwartungen gerecht zu werden, muss die Organisation in politischer, personeller und finanzieller Hinsicht gestärkt werden. Dies fordern wir in einem Koalitionsantrag, den wir in dieser Woche beraten.

Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass der WHO die Fähigkeiten fehlen, ihr Mandat vollumfänglich zu erfüllen. Dies liegt an der unzureichenden Grundfinanzierung und der mangelnden Flexibilität der Mittel. In den vergangenen Jahren ist die WHO immer abhängiger von Spenden geworden. Wir setzen uns für die Stärkung der Organisation ein und unterstützen den laufenden Reformprozess. Im vorliegenden Koalitionsantrag fordern wir daher die Bundesregierung dazu auf, die geplante Anhebung der Pflichtbeiträge durch die Mitglieds-länder zu unterstützen, sodass diese insgesamt 50 Prozent des Kernbudgets der WHO aus-machen.

Des Weiteren unterstützen wir die Ausarbeitung eines Pandemieabkommens sowie die Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften und setzen uns dafür ein, die gesundheits-bezogenen Nachhaltigkeitsziele bis 2030 zu erreichen und die Bemühungen der WHO im Bereich Klima/Gesundheit zu unterstützen. Zudem fordern wir dazu auf, die Zusammenarbeit mit globalen Partnern zu vertiefen, eine Formalisierung des EU-Beobachterstatus bei der WHO anzustreben und sich weiterhin für eine Teilnahme von Taiwan als Beobachter bei der WHO einzusetzen.



Einsetzung eines Bürgerrates zu Ernährung im Wandel

Bürgerräte sollen dazu dienen, Perspektiven von Bürgern in die politische Debatte einzubringen und ihre Erwartungen, Vorstellungen und Forderungen an die politischen Akteure zu formulieren. Der erste Bürgerrat dieser Wahlperiode wurde in dieser Woche eingesetzt werden.

Befassen wird er sich mit dem Thema **gesündere und nachhaltigere Ernährung**.

Dem Bürgerrat sollen 160 Personen angehören, die zufällig nach einem mehrstufigen, stratifizierenden Verfahren aus allen Menschen über 16 Jahren mit Erstwohnsitz in Deutschland ausgewählt werden. Unterstützt wird der Bürgerrat durch Expert:innen aus Wissenschaft und Praxis. Ziel ist, einen möglichst umfassenden Überblick über Stand und Breite der Diskussion zu geben. Neben Organisatorischem formuliert der Koalitionsantrag Leitfragen. Unter anderem soll untersucht werden, welche Maßnahmen die Bürger:innen für eine gesündere und nachhaltigere Ernährung wünschen oder welchen Beitrag sie selbst dafür bereit sind zu leisten.

Bis zum 29. Februar 2024 soll der Bürgerrat seine Handlungsempfehlungen dem Bundestag in Form eines Bürgergutachtens vorlegen, das dann im Plenum und in den Fachausschüssen beraten werden soll.

Den Einsetzungsantrag für den Bürgerrat haben wir in dieser Woche im Bundestag beraten.

VEKA mittags live: Quo vadis, deutscher Fenstermarkt: Situation heute – und was bringt die Zukunft?

Heute war ich digital zu Gast bei der Podiumsdiskussion der VEKA AG, einem der weltweit größten Hersteller von Fensterprofilen aus dem Kreis Warendorf mit mehreren Tausend Beschäftigten.

Bei der Bekämpfung des akuten Wohnungsmangels kommt es auf langfristige, aber dennoch zügig umsetzbare Strategie an.



Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, die Menschen dazu bringen, wieder mehr Bautätigkeit zu unternehmen. Im Bündnis bezahlbarer Wohnraum wurden bauordnungsrechtliche Maßnahmen zur Kostenreduktion vereinbart, die den Wohnungsbau künftig beschleunigen und einfacher machen können. Dabei geht es um:

- Genehmigungsfreiheit von Nutzungsänderungen von Dachgeschossen zu Wohnzwecken,
- kontinuierliche Weiterentwicklung der Musterbauordnung,
- deutschlandweite Verankerung von Typengenehmigungen für das serielle und modulare Bauen,
- Fortentwicklung der Regelungen zu Kfz-Stellplatzanforderungen,
- Begrenzung der Dauer von Genehmigungsverfahren z.B. durch eine Verankerung einer Genehmigungsfiktion im vereinfachten Verfahren in der Musterbauordnung,
- Reform der Regelungen in der Musterbauordnung sowie den Landesbauordnungen für den Bau von barrierefreien Wohnungen.

Neue deutsche Außenpolitik? Ein Tag im Kreis Warendorf mit Michael Müller

Fünf Jahre lang hat Michael Müller als Bürgermeister den Stadtstaat Berlin regiert. Seit 2021 sitzt er als direkt gewählter Abgeordneter im Bundestag und ist dort für außenpolitische Angelegenheiten zuständig. Letzte Woche war er zu Gast bei uns im Kreis Warendorf - Danke für deinen Besuch, lieber Michael!

Wir haben spannende Einblicke in die Produktion der Badewannen vom heimischen Hersteller Kaldewei erhalten,



uns mit dem Ahlener Bürgermeister über Fußball aber natürlich auch Politik unterhalten und die Städtepartnerschaft zwischen Ahlen und Berlin gepflegt.

Am Abend kamen dann die Bürgerinnen und Bürger ins Spiel: Gemeinsam haben wir über die Zukunft der deutschen Außenpolitik im Hinblick auf die Ukraine, China und auch die Klimakrise diskutiert. Danke an alle, die dabei waren!

